

Logistik und Lügen: wie die Verantwortung Israels für die humanitäre Krise in Gaza verschleiert wird

Verbesserungen der Hilfe für den Gazastreifen blieben aus, und verfehlte logistische Maßnahmen verschleiern die Rolle Israels bei der Entstehung der humanitären Krise.

newarab.com, 06.06.24

Seit dem Beginn der israelischen Invasion in Rafah Anfang Mai wurden Mitarbeiter:innen humanitärer Organisationen zusammen mit über einer Million palästinensischer Menschen vertrieben, wobei es praktisch unmöglich ist, sich innerhalb des Gazastreifens zu bewegen.

Die Vorstellung, dass die Bürger:innen des Gazastreifens in einer extremen Inflationseconomy für lebensnotwendige Artikel bezahlen müssen, während Berichten zufolge mehr als 2.000 Lastwagen mit frei zu verteilenden humanitären Gütern den größten Teil des Monats Mai vor den Grenzen des Gazastreifens warteten, verschärft den Unmut der humanitären Helfer:innen.

Der Telekommunikationsverkehr ist häufig unterbrochen, und viele humanitäre Hilfeleistungen wurden gestoppt. Hilfsorganisationen berichten, dass die meisten Menschen im Gazastreifen nicht wissen, woher sie ihre nächste Mahlzeit bekommen, und dass die Bedingungen in den neuen Vertriebenenlagern schlechter sind denn je.

Durch die Quasi-Schließung der Grenzübergänge Rafah und Karem Abu Salem/Kerem Shalom zum Gazastreifen über den größten Teil des Monats Mai fehlt den meisten Menschen im Gazastreifen der Zugang zu jeglicher Art von Hilfe. Schon vorher reichten die Hilfslieferungen nicht aus, um den Existenzbedarf der Bevölkerung zu decken.

„Im Mai wurde rund eine Million Menschen aus dem Gazastreifen wie Vieh in einen winzigen Streifen Land getrieben, unter dem falschen Versprechen von Sicherheit und humanitärer Hilfe“, schreibt Suze van Meeuwen, Leiterin der Gaza-Einsätze des Norwegischen Flüchtlingsrats (NRC).

„Das Gemetzel in Rafah zeigt [einmal mehr], dass Sicherheit ein Trugschluss ist. Der komplizierte Hinderisparcours, den wir durchlaufen müssen, um die grundlegendsten Hilfsgüter zu den Menschen zu bringen, gilt auch für die humanitäre Unterstützung.“

Trotz internationaler Forderungen und israelischer Versprechen tröpfelt Hilfe nur langsam in den Gazastreifen. Die Leiterin des NRC sagte, dass die Organisation seit dem 3. Mai keine Hilfsgüter mehr erhalten habe. Unterdessen behauptet COGAT – das israelische Gremium für die Koordinierung von Regierungsaktivitäten in diesen Gebieten –, dass fast täglich Lastwagen mit humanitärer Hilfe in den Gazastreifen einfahren, wobei

die Zahl sogar so weit ansteige, dass es „keine humanitäre Krise im Gazastreifen gibt“, wie der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu kürzlich sagte.

„COGAT übertreibt wahrscheinlich die Zahl der Lastwagen, die in den Gazastreifen fahren“, sagte Mina Johansen, eine Mitarbeiterin einer internationalen NRO in Israel und Palästina, deren Name zum Schutz ihrer Identität geändert wurde, gegenüber *The New Arab*. „Wir haben keinen Zugang mehr zu den Landübergängen, und der Zugang war von vornherein weder regelmäßig noch vorhersehbar. Das Wenige, was durchkommt, reicht bei weitem nicht aus, um die Grundbedürfnisse der Menschen im Gazastreifen zu decken.“

Johansen sagt, dass sie und ihre Kollegen noch nie eine von Menschen verursachte Situation wie diese gesehen haben. „Die Bewohner des Gazastreifens auf so engem Raum zu halten, sie mit Hightech-Waffen zu bombardieren und ihnen dann die Hilfe vorzuenthalten, die sie zum Überleben brauchen (während man so tut, als würde man ihnen helfen). Das ist Wahnsinn.“

Eine Flut kosmetischer Maßnahmen

Zu den selbsternannten Erfolgen Israels bei der Verbesserung des Zugangs für humanitäre Hilfe gehören die Öffnung neuer Grenzübergänge wie Erez und West-Erez/Zikim im Norden des Gazastreifens, obwohl gleichzeitig die wichtigsten Grenzübergänge (Karem Abu Salem und Rafah) im Süden geschlossen wurden.

Die internationale Presse fungierte größtenteils als Lautsprecher für diese israelischen Narrative, wobei westliche Politiker und Diplomaten solche Ankündigungen wärmstens begrüßten, bevor sie irgendwelche greifbaren Ergebnisse sahen – Ergebnisse, die aufgrund der strengen israelischen Restriktionen gegen Journalist:innen und humanitäre Organisationen im Gazastreifen schwer zu überprüfen sind; eine Machtposition, die es Israel erlaubt, die Darstellung der Situation vor Ort zu bestimmen.

In der Zwischenzeit hat Israel Lob erhalten, weil es seinen Verbündeten die Erlaubnis erteilte, in den letzten Monaten Hilfsgüter über dem Gazastreifen abzuwerfen – eine Maßnahme, die von humanitären Helfer:innen als teuer, ineffizient und gefährlich kritisiert wurde und bei der mindestens 18 Menschen (direkt oder indirekt) getötet wurden.

„Diese Bemühungen scheinen eher darauf abzuzielen, die internationale Kritik zu beschwichtigen, als die katastrophale humanitäre Lage wirklich anzugehen“, so Johansen gegenüber TNA. „Die Hervorhebung logistischer Lösungen verschleiern Israels Verantwortlichkeit für die katastrophale humanitäre Lage in Gaza weiter und verbirgt das wahre Ausmaß der Krise vor der internationalen Gemeinschaft.“

Zu den weiteren logistischen Täuschungen gehört der von den USA betriebene Seekorridor von Zypern aus, der im Mai mit dem Bau eines 320 Millionen Dollar teuren Pop-up-Piers [Anlegestelle] eröffnet wurde. Doch selbst bei voller Kapazität würden über diese Anlegestelle nur 150 Lastwagen pro Tag in den Gazastreifen gelangen. Im Gegensatz dazu fuhren vor Oktober, als der Bedarf viel geringer war, an jedem Werktag 500 Lastwagen nach Gaza.

Zudem lösten sich unmittelbar nach Inbetriebnahme des Anlegestelle Schiffe und trieben an einen israelischen Strand. Einige Tage später traten wetterbedingte Schäden daran auf – kostspielige Reparaturen für ein teures Projekt, das wenig Nutzen brachte. Humanitäre Kräfte haben wiederholt darauf hingewiesen, dass der Zugang auf dem Landweg der einfachste und effizienteste Weg ist, die Menschen in Gaza zu erreichen.

Die meisten humanitären Organisationen haben die neue Seeroute noch nicht genutzt, da sie zögerten, sich an dem vom US-Militär geleiteten Projekt zu beteiligen, das die Zerstörung ziviler Gebäude mit sich brachte.

Nichtregierungsorganisationen haben eine gemeinsame Erklärung herausgegeben, in der sie die Seeroute und die neuen Grenzübergänge Erez und West-Erez/Zikim als „kosmetische“ Bemühungen bezeichnen und darauf hinweisen, dass der Zugang für humanitäre Hilfe praktisch nicht mehr gegeben ist.

Bezahlte Waren statt kostenloser Hilfe

Von den wenigen Hilfsgütern, die in den Gazastreifen gelangen, entfällt ein erheblicher Teil auf kommerzielle Lastwagen, wobei private Unternehmen vermutlich mit den israelischen Behörden Verträge über die Einfuhr und den Verkauf von Waren geschlossen haben, so Johansen.

Inmitten der sich zuspitzenden Krise erscheint die Fokussierung Israels und seiner Verbündeten auf nichtssagende logistische Lösungen immer mehr als Fassade, die von ihrer Mitschuld an der Katastrophe, einer der größten humanitären Krisen des 21. Jahrhunderts, ablenken soll.

Diese kommerziellen Lieferungen unterscheiden sich jedoch erheblich von humanitärer Hilfe. Einige der kommerziellen Lastwagen bringen Berichten zufolge Artikel wie Energydrinks, Zigaretten und Süßigkeiten – Artikel, die nicht unbedingt humanitären Standards entsprechen und wichtige medizinische Produkte, Notunterkünfte und andere humanitäre Güter unberücksichtigt lassen, so Johansen. Außerdem fehlt den humanitären Koordinatoren der Überblick darüber, wo diese Güter hingehen und wer Zugang zu ihnen hat – in der Regel nicht die am meisten gefährdeten Menschen.

Die Vorstellung, dass die Bürger:innen des Gazastreifens in einer extremen Inflationwirtschaft für lebensnotwendige Artikel bezahlen müssen, während Berichten zufolge mehr als 2.000 Lastwagen mit frei zu verteilenden humanitären Gütern den größten Teil des Monats Mai vor den Grenzen des Gazastreifens warteten, verschärft den Unmut der humanitären Helfer:innen.

„Selbst 500 Lastwagen pro Tag, die Zahl von vor Oktober, würden bei weitem nicht ausreichen, um die Bevölkerung des Gazastreifens zu versorgen, von der viele verletzt, vertrieben, ausgehungert und schutzlos sind als je zuvor“, sagt Johansen.

„Und wenn Israel behauptet, dass so viele Lastwagen in den Gazastreifen fahren – dann wird nicht erwähnt, dass diese nur halb voll sind oder dass viele wichtige Güter festgehalten werden.“ Erschwerend kommt hinzu, dass Lastwagen aller Art auf ihrem Weg nach Gaza von Siedlern tötlich angegriffen werden. „Wir machen winzige Schritte vorwärts und stehen dann wieder am Anfang“, schrieb Suze van Meegen vom NRC kürzlich.

„Wenn humanitäre Hilfsgüter in den Gazastreifen gelassen werden, haben wir möglicherweise keinen Treibstoff, um sie zu transportieren. Wenn wir Treibstoff haben, haben wir vielleicht kein Geld, um die Lastwagen zu bezahlen. An dem Tag, an dem wir die Lastwagen bezahlen können, könnten die Straßen zum Lagerhaus zu gefährlich sein, um zu fahren. Und wenn wir es zum Lagerhaus schaffen, könnten die Mitarbeiter, auf die wir beim Verladen der Ladung angewiesen sind, geflohen sein, als die Explosionen zu nahe kamen.“

Nennt es eine Hungersnot

Vor dem 7. Oktober konnten die Bewohner:innen des Gazastreifens nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen ihren Nahrungsmittelbedarf teilweise selbst decken. Seit der Zerstörung fast der gesamten Infrastruktur in Gaza, einschließlich des Agrarsektors, ist dies nicht mehr möglich. Das derzeitige Tröpfeln der Hilfe, einschließlich kommerzieller Lastwagen und aller Land-, Luft- und Seeübergänge, reicht nicht aus, um den massiven humanitären Bedarf zu decken. Palästinensische und humanitäre Organisationen im Gazastreifen fordern, dass offiziell eine Hungersnot erklärt wird. Berichten zufolge fällt es den UN-Institutionen (und verwandten Organisationen) jedoch schwer, alle Voraussetzungen für die Erklärung einer Hungersnot zu erfüllen: Die Gesamtsterblichkeitsrate muss hoch sein, einschließlich der Todesfälle durch Hunger, aber auch durch andere Formen der Unterernährung, der Verschlechterung des Gesundheitszustands und weiterer Ursachen. Es gibt jedoch keine offiziellen Zählungen der Gesamtsterblichkeitsrate in Gaza mehr.

Selbst die Erfassung der direkten Opfer von Bombenangriffen und Schießereien stellt für das Gesundheitsministerium und die UNO eine Herausforderung dar: Sie gehen derzeit von mindestens 36.000 Todesopfern der Kämpfe zwischen Oktober und Mai aus – wahrscheinlich sind die Zahlen viel zu niedrig.

Dabei wird jedoch die Gesamtsterblichkeitsrate im Gazastreifen aufgrund des fehlenden Zugangs zu medizinischer Versorgung, Nahrungsmitteln, Wasser und Unterkünften sowie anderer Ursachen nicht berücksichtigt, diese könnte weitaus höher sein und auch im Falle eines Waffenstillstands weiter ansteigen.

Angesichts der bislang beispiellosen Zahl von durch Israel getöteten Journalist:innen im Gazastreifen ist der Zugang zu zuverlässigen Informationen vor Ort immer schwieriger geworden, so dass Journalist:innen im Ausland zunehmend auf Informationen von humanitären Helfer:innen im oder nahe dem Gazastreifen angewiesen sind. Bis zum 25. Mai wurden seit dem 7. Oktober mindestens 108 Journalist:innen und Medienschaffende getötet, was die höchste Todesrate für Journalist:innen seit vielen Jahrzehnten darstellt.

Auch die Mitarbeiter:innen der humanitären Organisationen sind zunehmend in Gefahr. Seit Israel und seine Unterstützer das palästinensische Hilfswerk UNRWA angegriffen haben, sind verschiedene humanitäre Organisationen, insbesondere die UN, damit beschäftigt, sich vor ähnlichen Angriffen zu schützen. Dies hat sich in den letzten Wochen noch verschärft: Am 29. Mai wurden im israelischen Parlament Gesetzesentwürfe zur Einstufung des UNRWA als terroristische Organisation in erster Lesung verabschiedet.

Diese Gesetzesentwürfe würden die Organisation, ihre Aktivitäten und ihr Personal kriminalisieren. Gleichzeitig wies die israelische Landverwaltung das UNRWA an, seine Räumlichkeiten in Ost-Jerusalem innerhalb von 30 Tagen zu räumen – in einem Gebiet, das international als palästinensisch anerkannt ist und seit 1967 von Israel illegal besetzt wird. Diese Vorgänge wurden sogar von der Europäischen Union (EU) verurteilt.

Israels Einschüchterungstaktik zeigt Wirkung. Normalerweise sollten die Vereinten Nationen mit ihren Organisationsstrukturen und ihrer Führungsspitze die Hauptinstanz zur Koordination von Informationen über humanitäre Hilfe und den Zugang zum Gazastreifen sein, damit eine umfassende Analyse des wahren Ausmaßes der humanitären Bedürfnisse im Gazastreifen und der eintreffenden Hilfe erstellt werden kann.

Israel hat jedoch Bedingungen geschaffen, die es selbst den Vereinten Nationen schwer machen, sich einen

Überblick über die Realität vor Ort zu verschaffen, und die daher aus Angst vor Konsequenzen zögern, der israelischen Darstellung öffentlich zu widersprechen.

Kurz gesagt, der Mangel an genauen Informationen über die Realität vor Ort ist kein zufälliges Nebenprodukt des israelischen Angriffs auf Gaza. Vorsätzliche Verwirrung, widersprüchliche Zahlen, Drohungen und Angriffe auf Journalist:innen, humanitäre Helfer:innen und die UN sowie eine starke pro-israelische Lobby auf globaler Ebene tragen alle zu einer verzerrten Darstellung der Situation vor Ort bei und führen zu großen Informationslücken über das wahre Ausmaß der humanitären Katastrophe.

Inmitten der sich zuspitzenden Krise erscheint die Fokussierung Israels und seiner Verbündeten auf nichts-sagende logistische Lösungen immer mehr als Fassade, die von ihrer Mitschuld an der Katastrophe, einer der größten humanitären Krisen des 21. Jahrhunderts, ablenken soll.

Sebastian Shehadi ist freiberuflicher Journalist und schreibt für den New Statesman.

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://www.newarab.com/analysis/logistics-and-lies-how-israel-obstructing-aid-gaza>